

# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantwortl. Redakteur (m. Ansn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 960.

## Die drohenden Sanktionen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

19. April, Paris.

In französischen politischen Kreisen wird die Lage, wie ich heute nachmittag feststellen konnte, andauernd sehr pessimistisch beurteilt. Eine Persönlichkeit, die im allgemeinen über die Auffassungen innerhalb der Regierung gut unterrichtet ist, erklärte mir, es gäbe beim gegenwärtigen Stand der Dinge nur ein Mittel, um neue Sanktionen zu verhindern, Deutschland müsse so schnell wie möglich mitteilen, daß es den Rest der am 1. Mai fälligen 20 Milliarden bezahlen wolle, und müsse zugleich Pfänder und Sicherheiten für die Zahlung dieser Milliarden bieten. Dann könnte die Wiedergutmachungsfrage in Ruhe erörtert werden. Damit solle aber natürlich nicht gesagt werden, daß die Unterbreitung neuer detaillierter Vorschläge Deutschlands für die gesamte Wiedergutmachung weniger dringend sei. Mein Gewährsmann hat aber den Eindruck, daß die Bedeutung der Frage des Restbetrages der am 1. Mai fälligen zwanzig Milliarden in Deutschland unterschätzt werde, während nach seiner Ueberzeugung die Regelung dieser Frage eine unerlässliche Vorbedingung für die Lösung des Gesamtproblems ist.

Der deutsche Gedanke einer schiedsgerichtlichen Lösung der Frage werde in hiesigen politischen Kreisen für unannehmbar bezeichnet. Die gleichen Kreise erklären die Vermittlung einer dritten Macht zwischen Deutschland und den Entente-Mächten für ausgeschlossen und völlig unmöglich, bemerken aber dazu ausdrücklich, daß sie die Vorfesstellungen über die angebotlichen Absichten der Berliner Regierung, sich eine Vermittlung solcher Art zu sichern, für wenig glaubwürdig halten. Man neigt hier zu der Annahme, daß die deutsche Regierung die Vereinigten Staaten lediglich von ihren Plänen unterrichtet und um eine Äußerung darüber ersucht hat. Man nimmt an, daß die endgültige Entscheidung in Berlin erst nach dem Eintreffen der amerikanischen Antwort, voraussichtlich in den nächsten Tagen, fallen werde.

Von einer Seite, die über die Stimmung in der französischen Provinz gut unterrichtet ist, wird mir versichert, daß die große Mehrheit der Bevölkerung ein energisches Vorgehen fordert. Man nimmt übrigens an, daß die deutsche Regierung über die in Frankreich herrschende Stimmung zu genau unterrichtet ist, um sich etwa dem Wahne hinzugeben, daß die französische Regierung aus Furcht vor inneren Unruhen mit den Sanktionen nicht Ernst machen würde.

Eine Meldung aus Bille, nach der die dortige Gendarmerei bereits Einberufungsbefehle für die Reservistenklassen 18 und 19 erhalten haben soll, wird im Ministerpräsidentium, dem „Bon Soir“ zufolge, als „verfrüht“ bezeichnet. Die Tatsache, daß die Einberufung einiger Reservisten in Aussicht genommen ist, wird aber nicht bestritten.

## Erklärungen Lloyd Georges.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

19. April, London.

Im Unterhause hatte Lloyd George heute eine Reihe von Fragen zu beantworten, die sich alle auf Deutschland und die Reparationsfrage bezogen. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Kenworthy erwiderte der Premierminister, die deutsche Regierung sei ihren Verpflichtungen bezüglich der Reparationen noch nicht nachgekommen, ebenso bezüglich der Verfolgung der Personen, die wegen Kriegsverbrechen angeklagt seien. Die deutsche Regierung zeige keine Neigung, praktische Vorschläge hinsichtlich der Durchführung des Vertrages von Versailles zu machen. Infolgedessen sei es eine Selbstverständlichkeit, daß die alliierten Regierungen darüber beraten müßten, wie sie die Durchführung des Vertrages erzwingen könnten.

Auf eine Anfrage des Kapitäns Wedgwood Benn, ob das Unterhaus um seine Zustimmung zu einer Teilnahme Englands an den neuen Okkupationen befragt werden würde, antwortete Lloyd George, daß eine Diskussion darüber jederzeit stattfinden könne, falls ein Wunsch danach vorhanden wäre.

Kenworthy fragte weiter, ob vor dem 1. Mai eine neue Konferenz der Alliierten über diese Frage stattfinden würde, worauf Lloyd George erklärte, er zweifle nicht daran, daß ein Meinungsaustausch (communication) vor dem 1. Mai stattfinden würde.

Der Abgeordnete Sodge wollte diese Antwort etwas genauer definiert haben und wünschte weiter zu wissen, ob es sich nur um einen Meinungsaustausch oder um eine richtige Konferenz handeln würde. Hierauf erwiderte Lloyd George: „Diese Frage kann ich nicht beantworten. Es muß dem Gutbefinden der Regierung überlassen bleiben, welchen Weg der Verständigung mit

unseren Alliierten sie als den besten ansieht.“ Zum Schluß erklärte der Premierminister unter dem Beifall des Hauses: „Wir gehen von der Annahme aus, daß die Bevölkerung unseres Landes den Vertrag von Versailles durchgeführt zu sehen wünscht. Wenn das Unterhaus auf einem anderen Standpunkt steht, ist es ihm unbenommen, entsprechende Vorschläge zu machen.“

Im weiteren Verlauf der Sitzung fragte Sir Frederic Hall, ob die Bezahlung der 50prozentigen Abgabe tatsächlich auf den englischen Verbraucher abgewälzt werde, und was für Schritte unternommen worden seien, um dies zu vermeiden. Sir Paul Lloyd George erwiderte, daß tatsächlich eine Reihe deutscher Exporteure sich weigere, die Waren ohne Vorbezahlung zu liefern.

## Die Reparationskrise.

Vertagung des Auswärtigen Ausschusses.

Wie wir hören, ist die für morgen einberufene Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten auf Wunsch des Ministers Simons verschoben worden, da der Minister noch nicht in der Lage ist, positive Mitteilungen über die Reparationsfrage zu machen. Es scheint, daß bisher kein gangbarer Weg gefunden worden ist, um durch die Vermittlung einer fremden Macht zu Verhandlungen mit den Alliierten zu gelangen.

Es wird sich vielmehr in den nächsten Tagen wahrscheinlich herausstellen, daß die Reichsregierung sich über die Frage entscheiden muß, ob sie ein Angebot, das Aussicht besitzt, als Verhandlungsgrundlage akzeptiert zu werden, den Alliierten unmittelbar unterbreiten will.

## Ein Vermittlungsersuchen

an die Prager Regierung.

Prag, 18. April.

Die Nachricht vom Vermittlungsersuchen Deutschlands bei Dr. Benesch, ist in Prag erst durch französische Blätter bekannt geworden. Da sie das amtliche tschechische Pressebüro ohne Kommentar verbreitete, ist ihre Richtigkeit an sich beglaubigt. Die tschechische Presse enthält sich vorläufig jeder Betrachtung. Das parteilose deutsche „Prager Tagblatt“ vermerkt: „Für eine Regelung, die wirklich an der Konsolidierung Mittel-Europas arbeiten will, gibt es keine dankbarere Aufgabe, als die Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreichs äußersten Angebote genau zu ermitteln und dann ihre Ueberbrückung zu versuchen. Vielleicht ist diese Herkules-Arbeit zu groß für einen Staat allein, aber im Verein mit den befreiten Ländern, die das selbe Lebensinteresse am Frieden haben, wäre es wohl eines Versuches wert.“

## Die geplante Ausbeutung des Ruhrreviers

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

19. April, London.

„Daily Mail“ läßt sich aus Paris melden, daß die erwarteten deutschen Vorschläge, die in der gestrigen Berliner Presse zitiert worden sind, von Frankreich abgelehnt wurden. Der Korrespondent des Blattes meint, daß bei einer erwarteten Befehung des Ruhrreviers Frankreich erhält wie bisher 2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich, 1 Million Tonnen werden für die Fabriken im besetzten Gebiet gebraucht und der Rest an die deutschen Fabriken im nicht besetzten Gebiet verkauft werden, wobei ein Ausfuhrzoll von zwei Pfund Sterling pro Tonne erhoben werden soll. Das daraus einkommende Geld werde auf das Reparationskonto verrecknet werden. Sehr interessant ist der Hinweis, daß die militärische Seite der Okkupation einem französischen General übertragen, die wirtschaftliche Kontrolle dagegen einem Engländer überlassen werden würde. Der Artikel trägt die geschmackvolle Ueberschrift: „Noch 14 Tage für die Hunnen!“ (Siehe auch zweite Seite.)

## Befehung des Mailänder Postamts durch Kriegsbeschädigte.

19. April, Mailand.

Heute nachmittag veranstalteten die Kriegsbeschädigten eine große Kundgebung, indem sie das hiesige Hauptpostgebäude besetzten und zuerst die weiblichen, dann die männlichen Beamten gewaltsam entfernten. In diesem Augenblick füllten sie noch immer alle Räume der Hauptpost, weshalb auch der ganze Telegraphen- und Telephonverkehr vollkommen stockt. Auch auf dem Hauptbahnhof versuchten sie ähnliche Kundgebungen, die ihnen aber nicht gelangen. Die Ursache der Demonstration ist die Unzulänglichkeit der staatlichen Unterstützung und die Unmöglichkeit, passende Anstellungen zu finden.

## Die englische Gewerkschaftskrise.

Von

Dr. W. J. Edwards.

Der Beschluß der Gewerkschaftsleitungen der englischen Eisenbahn- und Transportarbeiter, den für Freitag abend angelegten Sympathiestreik zugunsten der mit ihnen in einem taktischen Bündnis vereinigten Bergarbeiter abzusagen, bedeutet nicht nur den Zusammenbruch der ersten einem Generalstreik einigermaßen ähnlich sehenden Bewegung der englischen Gewerkschaften, sondern auch die Erweiterung zahlreicher Meinungsverschiedenheiten innerhalb der englischen Arbeiterschaft zu einer offenen Spaltung. Die Absage des Sympathiestreiks stellt nicht nur einen wesentlichen taktischen Erfolg der englischen Regierung und ihres Ministerpräsidenten dar, sondern führt voraussichtlich auch eine Klärung der Gegensätze innerhalb der englischen Arbeiterschaft herbei.

Von jeher haben die englischen Gewerkschaften gegenüber den Parteien, die sich ihrem Charakter und ihrem Programm nach „Arbeiterparteien“ nannten, ein hohes Maß taktischer und organisatorischer Selbständigkeit bewahrt. Die Beziehungen zwischen der großen englischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften kommen darin treffend zum Ausdruck, daß die jeweiligen Mitglieder der Parlamentsfraktion, die zugleich Gewerkschaftsmitglieder sind, einen eigenen parlamentarischen Ausschuss der Gewerkschaftsvertreter gebildet haben. Dieser Ausschuss, dem die bedeutendsten Köpfe der Arbeiterpartei angehören, man braucht nur an die Männer wie Thomas, Barnes und Smilie zu erinnern, hat vielfach bei wichtigen Abstimmungen Parolen ausgegeben, die sich von denen der politischen Arbeiterparteien unterscheiden. Trotzdem waren es die Gewerkschaftsführer, die auch bei wichtigen politischen Krisen und nicht nur in wirtschaftlichen Konflikten zugleich die politische Arbeiterbewegung und die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter nach außen vertraten. Insbesondere haben sie im Weltkriege durch verständnisvolle Zusammenarbeit mit Lloyd George ein wesentliches Verdienst an der Stärkung der englischen Wehrkraft erworben. Bei selbstbewusster und zielbewusster Vertretung aller berechtigten wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Arbeiter haben diese Führer doch immer verstanden — dank ihrer Erziehung in der Schule des englischen Parlamentarismus und der englischen Weltpolitik — ihre Ziele und Forderungen den Lebensbedingungen und den Entwicklungsmöglichkeiten des englischen Volks- und Wirtschaftskörpers anzupassen.

Diese führenden Kräfte in der englischen Arbeiterbewegung haben in den letzten Jahren einen schweren Kampf im eigenen Lager durchzuführen müssen. In den Lokalorganisationen haben die „Unabhängige Arbeiterpartei“ und die Kommunisten alles daran gesetzt, die alte englische Gewerkschaftstradition, gewerkschaftliche Kampfmittel nur für wirtschaftliche Ziele einzusetzen, zu untergraben. Nachdem die alte Labour Party durch diese beiden Abspaltungen nach links die erste Kampfstätte gewesen ist, wo die Gewerkschaftsführer gegen die radikalen Forderungen des neuen Zuwachses der politischen Arbeiterparteien Front machen mußten, steht ihnen jetzt derselbe Kampf innerhalb der Zentralvorstände der großen Gewerkschaften bevor.

Um in diesem Kampfe gegen die radikalen Arbeiterführer, die die Gewerkschaften zu sogenannten „direkten Alliierten“ benutzen wollten, einen gewerkschaftlichen Block zu schaffen und gegenüber der Defensivität, die von allen politischen Strömungen unabhängige Geschlossenheit der englischen Gewerkschaftsbewegung zu deklamentieren, haben die drei größten Gewerkschaften im vorigen Jahr den sogenannten „Dreibund“ der Eisenbahnarbeiter, Transportarbeiter und Bergarbeiter begründet. Diese drei Großgewerkschaften mit ihren Nebenorganisationen unter den Angestellten umfassen ungefähr drei Millionen Mitglieder. Sie standen bei dem Abschluß des „Dreibundes“ unter Führung von drei Männern: Thomas, Gosling und Smilie, die auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet für eine evolutionäre Umgestaltung der englischen Kriegswirtschaft zu einer organisch neu aufgebauten Friedenswirtschaft eingetreten sind, in der der Gewinn des Unternehmers und der Lohn des Arbeiters nach einheitlichen nationalen Richtlinien zu bemessen seien. Tarifseinheit und gleichartige Gewinnregelung für die Gesamtheit bestimmter Gewerbebezirke war eine der wichtigsten Zugeständnisse, die diesen Erfolg wollten die Gewerkschaften unter allen Umständen gewahrt wissen. Um diesen Erfolg der Gewerkschaftspolitik zu erhalten, waren Eisenbahnarbeiter und Transportarbeiter jetzt bereit, mit den Grubenarbeitern solidarisch in den Streik zu treten. Als Lloyd George am Donnerstag in seiner Unterredung mit den Führern der Eisenbahnarbeiter und Transportarbeiter erklärte, daß die Regierung vorbehaltlos für eine nationale Lohnregulierung